

(Ministerin Taubert)

sparnissen ist es am ehesten möglich, die Schulsozialarbeit auch in Thüringen auf feste Füße zu stellen. Das ist meine Bitte, da müssen einfach alle zusammenarbeiten, damit wir da vorankommen, weil das für uns ganz wichtig ist. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Frau Ministerin. Die Rednerliste ist abgearbeitet. Ich bemerke auch keinen Widerspruch. Deshalb schließe ich die Aussprache. Wir kommen zur Ausschussüberweisung. Beantragt worden ist, das Thüringer Gesetz zur Übertragung der Aufgaben nach § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit zu überweisen. Auch da sehe ich keinen Widerspruch. Deshalb kommen wir zur Abstimmung.

Wer dafür ist, den von mir genannten Gesetzentwurf an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit zu überweisen, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Zustimmungen der Fraktionen von FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gibt es Stimmenthaltungen? Nein. Gegenstimmen? Gibt es auch nicht. Damit ist die Überweisung beschlossen. Die Abstimmung über die Federführung fällt damit weg.

Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9**

Atomausstieg beibehalten, keine Laufzeitverlängerung zulassen und Wende in der Energiepolitik einleiten

Antrag der Fraktion DIE LINKE

- Drucksache 5/1414 -

dazu: Beschlussempfehlung des
Ausschusses für Wirtschaft,
Technologie und Arbeit

- Drucksache 5/2360 -

dazu: Entschließungsantrag der
Fraktion DIE LINKE

- Drucksache 5/2557 -

Zunächst hat Herr Abgeordneter Adams aus dem Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit das Wort zur Berichterstattung.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident und Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Antrag der Fraktion DIE LINKE „Atomausstieg beibehalten, keine Laufzeitverlängerung zulassen und Wende in der Energiepolitik einleiten“ vom 01.09.2010 mit der Drucksache 5/1414 wurde zusammen mit dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksache 5/1464 am 09.09.2010 in der 30. Plenarsitzung des Thüringer Landtags beraten und an den Ausschuss für Landwirtschaft, For-

(Abg. Adams)

sten, Umwelt und Naturschutz sowie federführend an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Technologie überwiesen.

Der Antrag sah zum einen ein Berichtersuchen zu der Position der Landesregierung im Bundesrat bezüglich eines Atomausstiegs vor. Zum anderen wurde die Landesregierung aufgefordert, im Bundesrat für den bedingungslosen und schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie und den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien zu votieren.

Im Rahmen des vorgelegten Änderungsantrags wurde die Landesregierung aufgefordert, sich im Bundesrat gegen eine Verrechnungsmöglichkeit der Stromkonzerne im Hinblick auf die Brennelementesteuer mit der Körperschaftssteuer einzusetzen. Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Technologie beriet in der 12. Sitzung am 2. November 2010, in seiner 13. Sitzung am 30. November 2010 und in der 15. Sitzung am 15. Februar 2011 über den Antrag.

In der 12. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Technologie legte Minister Machnig bereits dar, dass der Meinungsbildungsprozess der Landesregierung noch nicht abgeschlossen sei. Nach seiner Einschätzung hätte die Novelle des Atomgesetzes der Zustimmung des Bundesrats bedurft.

In der 13. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Technologie trug der Staatssekretär Staschewski vor, dass bezüglich einer Laufzeitverlängerung unterschiedliche Auffassungen bestünden. Zudem habe sich die Landesregierung im Bundesrat bemüht, einen Vermittlungsausschuss mit dem Ziel einzuberufen, eine angemessene Beteiligung der Länder an den Einnahmen des Bundes an der Kernbrennstoffsteuer zu erreichen. In der 15. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Technologie am 15. Februar 2011 beschloss der Ausschuss, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Die Beratung in dem mitberatenden Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz gemäß § 81 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags fand nicht statt.

Mit Datum vom 13.04.2011 legte die Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachennummer 5/2557 einen Entschließungsantrag vor. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, eine Initiative im Bundesrat zu ergreifen, um einen sofortigen und unumkehrbaren Ausstieg aus der Atomenergie zu gewährleisten. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Die ich mir durchaus noch etwas besser vorstellen könnte, die Aufmerksamkeit. Es ist ein ziemlicher Geräuschpegel im Raum. Ich weiß gar nicht so richtig, wen ich einzeln ansprechen sollte. Ich bitte also um die nötige Aufmerksamkeit bei der Beratung des Tagesordnungspunkts 9.

Ich rufe als Erstes auf für die CDU-Fraktion den Abgeordneten Worm.

Abgeordneter Worm, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben bereits mehrfach in letzter Zeit zu dem hier aufgerufenen Thema gesprochen, und dies unter völlig verschiedenen Vorzei-

(Abg. Worm)

chen. Die Katastrophe in Japan und ihr bis heute andauernder Verlauf sowie die bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschätzbaren Folgen für die Menschen vor Ort, auch für uns hier in Europa haben zu einem völlig veränderten Bild und zu einer veränderten Handlungsstrategie bei diesem Thema geführt. Der vorliegende Antrag - und ich meine hier die Drucksache 5/1414 - ist durch die Wirklichkeit der Geschehnisse, die Beschlusslage und die Handlungsstrategie der Bundesregierung und nicht zuletzt durch den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, SPD, FDP und LINKE ein Stück weit überholt. Über den Atomausstieg in Deutschland gab es im Parlament weitgehende Einigkeit in unserer letzten Sitzung. Es wurden und werden klare Konsequenzen aus der Reaktorkatastrophe in Japan für die Energiepolitik gezogen. Die Frage, ob Kernenergie in Deutschland eine Zukunft hat, ist auch klar beantwortet, nämlich mit Nein.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt geht es lediglich um einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kernenergie und entsprechend auch Tempo beim Umstieg auf erneuerbare Energien. Ich darf noch einmal daran erinnern, dass wir auch immer gesagt haben, Kernenergie ist eine Brückentechnologie, die irgendwann ihre Endlichkeit erreicht hat. Wenn man dies realisieren will, dann darf man sich aber auch - und diesen Seitenhieb muss ich auch noch loswerden - vor den notwendigen Investitionen nicht verstecken. Wir wissen, es sind Hochspannungsleitungen notwendig, es braucht Speicherkapazität, es braucht neue Anlagen zur Energiegewinnung. Auf das Thema 380 kV will ich an dieser Stelle gar nicht noch einmal eingehen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Warum scheuen Sie das Thema?)

Vor allem aber muss dieser Umstieg abgestimmt mit den Nachbarländern erfolgen. Alleingänge helfen uns hier in keinsten Weise weiter; der Ausstieg muss Zug für Zug erfolgen. Die Energie muss vor allem für den Bürger bezahlbar bleiben und darf sich auch für die Wirtschaft, für den Thüringer Mittelstand nicht zur Wachstumsbremse entwickeln. In unserem gemeinsamen Antrag - ich meine hier dieses 10-Punkte-Programm der Landesregierung, dem u.a. die Abgeordneten der GRÜNEN ihre Zustimmung nicht geben konnten -, da haben wir eindeutig zur Atomenergie Stellung bezogen,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Haben Sie nicht.)

die entsprechend baldmöglichst durch alternative Energien abgelöst werden muss. Zum Entschließungsantrag in der Drucksache 5/2557 möchte ich nur Folgendes vermerken: Der ist natürlich reichlich kurzfristig eingegangen und wir hatten in der Fraktion auch noch keine Möglichkeit, uns inhaltlich überhaupt tiefgründig damit auseinanderzusetzen.

Ich will nur auf ein paar Punkte, die mir auf den ersten Blick aufgefallen sind, dieses Antrags eingehen.

Punkt 1: Rechtsverbindlicher Pakt, ob Pakt so die richtige Beschreibung ist, und unumkehrbar, ich weiß nicht, ob in der Demokratie etwas unumkehrbar ist, das sind Dinge, die man noch mal diskutieren und hinterfragen muss.

(Abg. Worm)

Punkt 2: Radikale Wechsel, ich bin da weniger der radikale Typ, ich bin eher der vermittelnde. Vielleicht kann man da auch etwas anderes finden. Außerdem ist das Ganze, was den Wechsel der Energiepolitik betrifft, schon beschlossene Sache.

Auch bei Punkt 3 zum schnellstmöglichen Abschalten: Wir haben das Moratorium. Hier sind klare Regeln gesetzt.

Wenn - Punkt 4 - die sieben ältesten Reaktoren sofort abgeschaltet werden, auch das ist zum Teil geschehen.

Also vieles, was sich überholt hat, vieles, was man noch einmal diskutieren muss, und ich würde jetzt an dieser Stelle ganz einfach dafür plädieren, den gesamten Vorgang, sowohl die Drucksache 5/1414 als auch 5/2557 in Form des Entschließungsantrags nochmals an den Wirtschaftsausschuss zur Diskussion zurückzuüberweisen bzw. zu überweisen. Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Weber das Wort.

Abgeordneter Weber, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Zuschauer auf der Zuschauertribüne, liebe Kolleginnen und Kollegen der Partei DIE LINKE, die Tatsache, dass Sie am 13.04., also gestern, einen Antrag in aller Kurzfristigkeit hier ins Plenum stellen, in der Hoffnung, dass die Koalition nicht in der Lage ist, sich in der Abstimmung entsprechend zu verhalten, macht sie nicht zu besseren Menschen, sondern eher im Gegenteil.

(Beifall CDU, SPD)

Ich glaube, es ist sehr offensichtlich, was Sie versuchen, aber es wird Ihnen nicht gelingen. Sie haben es an den Äußerungen meines Kollegen Worm von der CDU-Fraktion schon gehört. Auch wir werden am Schluss meiner kurzen Ausführungen eine Rücküberweisung des Antrags beantragen und verbunden damit auch eine Überweisung des Entschließungsantrags hier im Hause auf den Weg zu bringen, so dass wir weiterhin beraten können, weil Sie in der Tat mit diesem Antrag Positionen definieren, von denen Sie wissen, dass zumindest ein Teil der Koalitionsfraktionen diese Positionen fast voll umfänglich mittragen kann.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Aus was besteht Politik!)

Vor diesem Hintergrund ist es dann auch sinnvoll, diese Dinge zu diskutieren und auf den Weg zu bringen, aber Sie tun damit auch wieder mal so, als wäre es nicht schon längst Konsens in diesem Hause innerhalb der Parteien, denn wir haben im letzten Plenum ein parteiübergreifendes Papier beschlossen, Sie haben mitgestimmt und Sie haben mit daran gearbeitet

(Unruhe DIE LINKE)

und Sie waren der Meinung, dass das parteiübergreifende Papier diese Positionen voll umfänglich abdeckt,

(Abg. Weber)

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Und dass wir Einzelpositionen haben!)

sonst hätten Sie ja da nicht mitmachen müssen, sondern zu dem Zeitpunkt schon Ihren eigenen Antrag auf den Weg bringen können. Das wäre transparent und das wäre ehrlich gewesen. Das haben Sie nicht getan, von daher versuchen Sie daher nur eine strategische Frage; es wird Ihnen aber nicht gelingen.

(Unruhe DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage durch den Abgeordneten Blechschmidt. Bitte, Herr Blechschmidt.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Lieber Kollege Weber, haben Sie zur Kenntnis genommen, dass bei der Verabschiedung des gemeinsamen Entschließungsantrags zur Frage der Atompolitik wir immer deutlich gemacht haben, das haben alle Fraktionen übergreifend deutlich gemacht, dass wir trotzdem noch eigenständige Positionen haben werden, die wir hier mit diesem Antrag heute sozusagen in den parlamentarischen Gang geben. Haben Sie das zur Kenntnis genommen?

(Beifall DIE LINKE)

Abgeordneter Weber, SPD:

Das habe ich natürlich zur Kenntnis genommen, nur haben Sie bei Ihrer eigenständigen Position einiges von der SPD abgeschrieben, das ist ja offensichtlich. Vor dem Hintergrund sei mir da schon eine Kritik erlaubt.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Dann müssen Sie auch demnächst nach dem Koalitionsvertrag arbeiten.)

Ich werde darauf jetzt nicht weiter eingehen. Ich habe das schon einmal gesagt, der Beitrag Ihrer Partei zum Atomausstieg ist historisch überschaubar.

Jetzt noch einmal zurück zum Thema. Die SPD-Position an dieser Stelle ist klar und deutlich, und zwar Ausstieg so schnell wie möglich. Wir sind sehr froh darüber, dass es in diesem Haus einen Konsens innerhalb der Koalitionsfraktionen gibt. Ich rezitiere die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin in den Worten: „Die Frage, ob Atomenergie eine Zukunft hat, ist beantwortet und die Antwort lautet: Nein.“ Deutlicher kann man es nicht sagen und deutlicher kann man nicht machen, was die Position dieser Koalition ist.

(Beifall SPD)

Ich kann Ihnen sagen, ich habe in den letzten Wochen sehr viel erlebt, was mich sehr gefreut hat. Diejenigen, die nämlich vor zwei Monaten noch gesagt haben, es wären die sichersten Kraftwerke der Welt, sagen heute, es ist völlig klar, dass wir aussteigen müssen aus dieser Technologie, weil sie mit Risiken behaftet ist. Das freut mich und ich wäre auch froh darüber, wenn Sie es anerkennen würden. An dieser Stelle beantrage ich die Rücküberweisung des Antrags an den Ausschuss

(Abg. Weber)

für Wirtschaft, Arbeit und Technologie nebst dem Entschließungsantrag, der ebenfalls überwiesen werden soll. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kemmerich das Wort.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Gäste auf der Tribüne! Der Antrag, den wir im letzten Herbst schon einmal beraten haben in diesem Hause, hat durch die Ereignisse der letzten Wochen einen anderen Inhalt bekommen. Auch dem wollen wir uns nicht verschließen. Aber ich nehme auch gern die Worte von Herrn Blechschmidt auf, der sagt, natürlich ist jedem unbelassen, eine eigene Position zu vertreten. Bevor ich jetzt alles wiederhole, was Richtiges und Wichtiges gesagt worden ist, müssen wir natürlich auf das hinweisen, was hier ungesagt bleibt. Ungesagt bleibt, dass ein Alleingang Deutschlands, eine Insellösung in Deutschland wahrscheinlich wenig Sinn machen wird.

(Beifall FDP)

Die Folgen der weltweit betriebenen Kernenergie - über 460 Meiler stehen weltweit, und es sind weitaus mehr Meiler noch in Planung als heute in der Abschaltung begriffen - diese 460 Meiler müssen wir einfach als gegeben akzeptieren. Da müssen wir als deutsche Nation und auch als Thüringer Beitrag eine maßvolle und sinnvolle Lösung haben. Das war übrigens auch Inhalt der gemeinsamen Erklärung dieses Parlaments, dass hier ein geordneter und sicherlich sich an dem Machbaren orientierter Ausstieg aus der Kernenergie vorzunehmen ist.

(Beifall FDP)

Sie fordern, meine Damen und Herren von der Linkspartei, einen Ausstieg bedingungslos und schnellstmöglich - bedingungslos heißt bedingungslos, schnellstmöglich schränkt es ein. Den Widerspruch müssen Sie selber auflösen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Kemmerich, der Abgeordnete Weber möchte Ihnen eine Frage stellen. Gestatten Sie das?

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Ja, bitte.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bitte, Herr Weber.

Abgeordneter Weber, SPD:

Herr Kollege Kemmerich, ich wollte nur fragen: Ist Ihnen bekannt, dass es 1989 bereits 435 Reaktoren waren?

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Ja. Was ändert das jetzt?

Abgeordneter Weber, SPD:

Sie haben zurückgefragt. Das ist 22 Jahre her, eine sichtbare Steigerung ist da also nicht zu erkennen. 192 sind im Übrigen im Abbruch.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Und es sind auch um die 100 in Planung, Herr Weber. Vielen Dank für die Erhellung. Aber trotzdem werden wir uns einig, dass eine Insellösung in Deutschland und Europa keinen Sinn macht. Denn wir sehen an den Ereignissen in Japan, wir sind auch davon betroffen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jeder Fortschritt muss mit einem Schritt beginnen.)

Sie brauchen nicht dazwischen brüllen, Sie kommen sicherlich selber noch dran. Wenn es in Tschechien oder in Frankreich passiert, dann haben wir hier nichts gekonnt.

(Beifall FDP)

Die anderen Thematiken, was wir davon haben von dem Energiekonzept, was die Vorgängerregierung losgetreten hat, wo auch die Frage der 380-kV-Leitung eine Rolle spielt, auch das muss einmal bis zu Ende gedacht werden. Und wenn Sie sagen „bedingungslos“, dann darf eben nicht aus Ihrer Fraktion die Bedingung gestellt werden, das passiert ohne Netzausbau oder ohne Bedingungen.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Das habe ich nicht gesagt.)

Dann müssen Sie es halt erklären, Herr Blechschmidt, dafür sind Sie ja da.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Kemmerich, der Abgeordnete Adams möchte Ihnen eine Frage stellen. Gestatten Sie das?

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Herr Adams hat - glaube ich - selbst vor, noch zu reden. Ich würde dann gern zuhören und notfalls darauf repetieren. Also, nein.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Adams am Schluss heißt das?

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Nein, das heißt nein. Er hat ja selber noch Redezeit.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Adams, ich muss mich korrigieren. Herr Kemmerich hat mir gerade mitgeteilt - nein, Sie haben selbst Redezeit.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Ich denke, ansonsten können wir alle Zeitung lesen, Fernsehen schauen und die Medien selber auswerten. Es ist ja vorgeschlagen worden, diesem Vorschlag stellen wir uns gern und freuen uns auf die Diskussion im Wirtschaftsausschuss, wirklich die neuen Sachfragen und Sachlagen hier zu erörtern. Aber es ist wieder so - und dieses Thema hatten wir gestern hier -, es wird Politik gemacht mit der Angst der Menschen, mit sehr viel Emotion. Das halten wir nicht für gut, weil das rationalen und wirklich sachgerechten Lösungen die Augen versperrt. Frau Siegesmund, Herr Adams wird doch sicherlich das sagen, was Sie sagen wollen, insofern warte ich auch da

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Kemmerich, ich muss Ihnen trotzdem die Frage stellen, ob Ihnen Frau Abgeordnete Siegesmund eine Frage stellen darf.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Ich bin eigentlich mit sehr viel Charme gegenüber den Frauen ausgestattet, aber auch da Nein, weil wir sonst nicht zum Ende kommen.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das wissen Sie doch gar nicht.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Siegesmund, nein.

(Heiterkeit im Hause)

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Wir freuen uns über die Diskussion im Ausschuss, werden die neuen Sachlagen diskutieren, bitten aber doch das gesamte Parlament, wirklich einer sachlichen Diskussion Platz zu lassen, weil den Leuten draußen bringt es nichts, mit diesen emotionsgetriebenen und auch teilweise falsche Erwartungen weckenden Diskussionen hier zu propagieren, dass wir in ein neues Zeitalter aufbrechen - Herr Weber hat es gesagt - ein klares Nein zu der Zukunft der Atomkraft, aber ein klares Ja zu einer sinnvollen, geordneten Lösung, die nicht nur Deutschland, nicht nur Thüringen, sondern die ganze Welt auf gesunde Füße stellt. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Adams das Wort.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen, liebe Gäste hier im Hohen Hause! Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Worm hat eingeführt mit den Worten, dass dieser Antrag aus dem September letzten Jahres zeitlich überholt sei. Ich glaube, das ist er nicht,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

besonders mit seinem Entschließungsantrag nicht. Lieber Herr Kollege Weber, es gehört zur historischen Wahrheit hier in Thüringen in der Sozialdemokratie auch dazu, dass Sie am 15. Februar 2011 - 24 Tage vor dem Störfall in Fukushima, der zu einem Supergau wurde und zu einer elementaren Verstrahlung in Asien beigetragen hat -, dass Sie an diesem Tag, am 15. Februar, mit Ihrer Fraktion gegen diesen Antrag gestimmt haben. Das ist auch historische Wahrheit, der sich die Sozialdemokratie stellen muss in dieser Debatte, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Adams, der Abgeordnete Weber möchte Ihnen eine Frage stellen. Gestatten Sie das?

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich wartete schon darauf.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Sie dürfen, Herr Weber.

Abgeordneter Weber, SPD:

Herr Kollege Adams, ist Ihnen bekannt, dass es aufgrund der Diskussion im Ausschuss hierzu einen Alternativantrag für das Plenum gegeben hatte?

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ja, das ist mir bekannt. Es hilft nur nicht, dass Sie auch trotzdem abgelehnt haben. So ist es nun mal, da beißt die Maus keinen Faden ab. Ich will auch nicht bestreiten, dass es natürlich so ist, dass man in einer Koalition Kompromisse schließen muss, aber Sie sollten sich dem stellen, dass das ein schlechter Kompromiss war und das kann man an so einem Tag wie dem heutigen auch mal sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in der letzten Landtagssitzung eine breite Debatte um die Frage der Atompolitik geführt - nicht alles muss hier noch einmal wiederholt werden.